Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 20 955
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

vom 04. September 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. September 2019)

zum Thema:

Aussteigerprogramm für Linksextremisten

und **Antwort** vom 24. Sep. 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Sep. 2019)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 20955
vom 04. September 2019
über Aussteigerprogramm für Linksextremisten

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Bemüht sich das Land Berlin um ein Aussteigerprogramm für Angehörige des linksextremen Milieus, wie wir es in Nordrhein-Westfalen beobachten können? Das dortige Landesamt für Verfassungsschutz hat zu diesem Zweck Ressourcen eingesetzt.

Zu 1.: Nein.

2. Besteht ein regelmäßiger Austausch von Erkenntnissen zu diesem Thema zwischen den Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen? Falls ja, hat wissens des Senats dieser Austausch auch zwischen den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz im Rahmen der Neugewinnung von Kenntnissen stattgefunden?

Zu 2.: Nein.

3. Gemäß des Landesamtes für Verfassungsschutz wuchs das linksextremistische Spektrum im Jahr 2018 auf 3140 Personen (Vergleich : ‚Reichsbürger' 670, Salafisten 1020). Wieviele Verhaftungen bzw. laufende Verfahren haben sich seit Anfang der 17. WP in Berlin in Verbindung mit der sogenannten „Roten Hilfe e.V." ergeben?

Zu 3.: Der Polizei Berlin liegen weder Erkenntnisse noch statistische Zahlen im Sinne der Anfrage vor. Die Frage nach Festnahmen bzw. Strafanzeigen „*in Verbindung mit der sogenannten „Roten Hilfe e. V."* lässt keine Recherchemöglichkeit im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) zu. Auch der Staatsanwaltschaft Berlin ist es nicht möglich, eine gesonderte statistische Erfassung der Ermittlungsverfahren, die eine der Frage entsprechende Eingrenzung ermöglichen würde, durchzuführen.

Berlin, den 24. September 2019

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport